

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 104—105

Während im Jänner der *Banknotenumlauf* als Folge der Entspannung nach dem Jahresultimo nur geringfügig zugenommen hatte, hielt sich die Erhöhung im Februar mit rund 147 Mill. S (auf 5.816 Mill. S) wieder im Rahmen der Umlaufserweiterung der letzten Monate des Vorjahres. Das Ansteigen des Notenumlaufs ist ausschließlich auf die Beanspruchung des Notenbankkredits durch die Kreditinstitute zurückzuführen, die für rund 243 Mill. S Bundesschatzscheine nach § 2, I b der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz zur Refinanzierung vorlegten; der Bestand der Nationalbank an solchen Besatzungskostenschatzscheinen ist damit bereits auf rund 612 Mill. S angewachsen. — Gleichzeitig mit der Abstoßung dieser Papiere nahm der Kreditapparat jedoch wieder für rund 68 Mill. S Bundesschatzscheine nach § 27 W.Sch.G. zurück, ein Zeichen dafür, daß sich die Liquiditätslage einzelner Institute wieder etwas gebessert hat. Im allgemeinen aber dürften die Kreditinstitute kaum sehr flüssig sein, da sie im Berichtsmonat ihre Giro Guthaben bei der Nationalbank abermals um rund 128 Mill. S verminderten. Die freien Giro Guthaben betragen nur noch rund 357 Mill. S und können aus Gründen der Einlagendeckung kaum noch unterschritten werden. — Auch die öffentlichen Stellen hoben von ihren freien Konten bei der Nationalbank rund 103 Mill. S ab; gleichzeitig liefen aber auf das öffentliche Sperrkonto („Hilfsfonds“) rund 260 Mill. S Erlöse aus ERP-Lieferungen ein, so daß insgesamt die Giroverbindlichkeiten der Nationalbank um rund 29 Mill. S zugenommen haben. — Im Wechsel-Portefeuille ergaben sich nur geringfügige Änderungen; für rund 7 Mill. S wurden Wiederaufbauwechsel der Industrie in Zahlung genommen, während der Stand an reinen Handels-(Waren-)wechseln um rund 24 Mill. S (auf 10 Mill. S) abnahm. Der normale Notenbankkredit (Wechselrediskontierung) ist also nach wie vor bedeutungslos für die Währungsentwicklung geblieben, und die noch in Händen der Kreditinstitute befindlichen liquiden Mittel ersten und insbesondere zweiten Grades (Schuldtitel des Staates, Wiederaufbauwechsel) lassen auch für die

nähere Zukunft eine wirksame Notenbankkontrolle über die Währungsentwicklung nicht erwarten.

Nach dem saisonbedingten Rückgang im Dezember sind die *Einlagen bei den Kreditinstituten* im Jänner wieder um rund 71 Mill. S gestiegen; davon entfielen 60 Mill. S auf Spareinlagen und 11 Mill. S auf Scheckkonten. Die Zunahme der Spartätigkeit ist bemerkenswert, wenn auch ein Teil des Zuwachses der Sparkonten (etwa 25 Mill. S) auf die zum Jahresbeginn erfolgte Zinsengutschrift zurückzuführen ist.

Die *Aktienkurse* bröckelten auch in der Berichtsperiode weiter ab. Der Index von 23 Industriek Aktien fiel bis Mitte März um 8,4% und näherte sich mit 281,2 (März 1938 = 100) seinem bisherigen Tiefstand (275,6 im Mai 1948). Besonders die Brau- und die Papierindustrie erlitten größere Kurseinbußen. Der Rückgang der Aktienkurse kommt eigentlich überraschend, da sich die Ertragslage der meisten Aktiengesellschaften günstig entwickelt hat und eine Reihe von (vor allem kleineren) Betrieben bereits wieder Dividenden auszahlt. Man darf allerdings nicht übersehen, daß angesichts der nur geringen Kapitalbildung die Zahl der Käufer von Anlagepapieren klein ist. Dazu kommt, daß die allgemeine politische Lage sowie die Unsicherheit des Schicksals der Substanz und der Eigentumsrechte — trotz der augenblicklich guten Ertragslage — zur Vorsicht mahnen. Schließlich krankt der Aktienmarkt auch an der Unterbewertung der Bilanzwerte. Klarheit über die Wertansätze würde erst eine neue Schilling-eröffnungsbilanz bringen, die aber bisher immer wieder hinausgeschoben werden mußte.

Der Kurs der *Bundesschuldverschreibung 1947* sank bis zum 15. März auf 60 S pro 100 S Nominale.

Der *freie Schillingkurs in Zürich*, dessen Bedeutung in der Öffentlichkeit vielfach überschätzt wird, stieg in der Berichtsperiode bis auf 16,25 sfr. (Mittelkurs pro 100 S am 25. Februar 1949). Der Kurs, der seither wieder zurückgegangen ist, hält zur Zeit auf einem Niveau von etwa 13 sfr. Die stetige Aufwärtsentwicklung im Laufe des letzten Jahres, insbesondere seit Mitte Dezember, dürfte sowohl auf die zunehmende Besserung der inneren Kaufkraft des Schillings und der guten Verwertungsmöglichkeit im

Fremdenverkehr, als auch auf die strenger gewordenen Grenzkontrollen zurückgehen. Nicht zuletzt dürften auch die Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf allen — eng miteinander verbundenen — europäischen „schwarzen“ und freien Hartwährungsmärkten einen maßgebenden Einfluß ausüben. Kurzfristige Schwankungen — wie z. B. die jüngste Kurspitze — sind auf die Züricher Marktverhältnisse zurückzuführen (enger Markt).

Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten

Dazu statistische Übersichten S. 106—108

Obwohl die *Arbeiter-Nettotariflöhne* in der Berichtsperiode unverändert geblieben sind, machte sich auf der Lohnseite eine gewisse Unruhe bemerkbar. Der noch rechtzeitig beigelegte Lohnkonflikt bei der Alpine-Montangesellschaft, die Auseinandersetzung bezüglich der Arbeitszeit im Gastgewerbe sowie die Verhandlungen über eine „Nachziehung“ der Textilarbeiterlöhne sind Beispiele dafür, daß zumindest Bestrebungen bestehen, jene Löhne zu erhöhen, die anlässlich der generellen Regelungen im Rahmen der Preis-Lohn-Abkommen zurückgeblieben waren. Gleichzeitig macht sich auch das Bedürfnis geltend, die zur Zeit stark nivellierten Einkommen der Unselbständigen wieder stärker zu differenzieren, wie z. B. aus der Empfehlung der Industriesektion der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft an ihre Betriebe, die Jahresgehälter der *Industrieangestellten* generell auf das 2,8fache des Bruttojahresbezuges vor 1945 zu erhöhen, hervorgeht. Zur Zeit steht der Index der durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der Industrie- und Gewerbeangestellten auf rund 260 (April 1945 = 100) und unter Einrechnung der Kinderbeihilfen (2 Kinder)¹⁾ auf 276. Würden sämtliche noch zurückliegenden Industrieangestellten-Gehälter auf die empfohlene Höhe von 280 gehoben werden, so würde der *Brutto-Gehaltsindex* insgesamt auf etwa 307 steigen, da die Gehälter der Industrieangestellten teilweise bereits über 280 liegen. Demgegenüber hat der Index der *Netto-Tariflöhne* der Arbeiter bereits 376,5 (April 1945 = 100) erreicht²⁾. Als weitere Maßnahme zur Erhöhung zurückgebliebener Einkommen ist die kürzlich erfolgte prinzipielle Zusage eines 13. Monatsgehaltes an die *öffentlichen Angestellten* anzusehen, wobei allerdings über die budgetäre Deckung dieses Mehraufwandes noch nichts bekanntgegeben wurde. Möglicherweise wird

¹⁾ Der Arbeiterlohnindex ist ebenfalls auf eine Familie mit 2 Kindern abgestellt.

²⁾ Die kaum veränderten Steuersätze und die Steuerprogression wirken sich bei den Angestelltengehältern relativ nachteiliger aus als bei den Arbeitereinkommen.

der Staat durch den Abbau von Beamten (und deren beabsichtigte Überleitung in die Industrie) zumindest teilweise eine Kompensation für seine Mehraufwände finden. Die *Arbeiternettoverdienste* gingen im Jänner saisonbedingt (behinderte Bautätigkeit) geringfügig zurück (um 1,5%), liegen aber immer noch um 34,7% über den Jännerverdiensten 1948, während die entsprechende Erhöhung des Lohnindex lediglich 23,4% beträgt³⁾.

Auf dem Gebiet der *Preise* hielt die *sinkende Tendenz* auf allen Märkten an. Parallel mit dem starken Kursanstieg des Schillings in Zürich sanken die „schwarzen“ Devisenkurse in Wien im Februar um weitere 23,3% (auf 460, März 1938 = 100)⁴⁾; im März sind die Devisenkurse wieder leicht gestiegen. Die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum fielen um 8%, wobei insbesondere Silber und Gold Preiseinbußen erlitten⁵⁾, während die anderen Preise — mit Ausnahme der Pelzpreise, die saisonbedingt etwas zurückgingen — fast unverändert blieben. Die früher beobachtete Hausse in Kunstgegenständen, die schon seit einiger Zeit stark nachgelassen hat, macht bereits einer bemerkenswerten Unterbewertung Platz; insbesondere im Geschäft mit Bildern dürfte auch die verhältnismäßig leichte steuerliche Erfassbarkeit für die bevorstehende Vermögensabgabe eine Rolle spielen.

Mit der Höherbewertung des Schillings im freien Bankverkehr in Zürich und mit dem Sinken der inländischen „schwarzen“ Devisenkurse gingen auch die Preise der gegen freie oder „schwarze“ Devisen (oder im Kompensationsverkehr bei höherem effektivem Umrechnungskurs für Auslandsvaluta) eingeführten Genussmittel wieder stark zurück. Die Preisreduktionen betragen z. B. bei Kaffee durchschnittlich 11%, bei Tee 17% und bei Kakao sogar 22%. Auch auf dem Schwarzen Markt für Nahrungsmittel sanken die Preise insgesamt um weitere 6%, wobei insbesondere Mehl, Brot, Schmalz und Zucker Preiseinbußen erlitten, während die Fleischpreise relativ stabil blieben. Bei Zucker ist bemerkenswert, daß die angeordnete Einhebung von Zöllen auf Lieferungen von Liebesgabenfirmen nicht preis erhöhend gewirkt hat. Im Durchschnitt betragen die Schwarzmarktpreise bei Nahrungsmitteln nur noch das 2,8fache der offiziellen Preise.

Auch auf den übrigen freien Märkten bröckel-

³⁾ Beide Indizes einschließlich Kinderbeihilfen (Arbeiterfamilie mit 2 Kindern).

⁴⁾ Der Index der offiziellen Devisenkurse beträgt 180 (März 1938 = 100).

⁵⁾ Gegen Ende der Berichtsperiode stieg auch der Goldpreis wieder etwas an.

ten die Preise weiter ab. Auffallend war hier der Preissturz der Überkontingenteier, die innerhalb Monatsfrist um rund 44% billiger wurden. Der Preis, der in neuester Zeit wieder nach Größe und Qualität Differenzierungen aufweist, liegt in Wien nur noch wenig über dem offiziellen Preis, während dieser in der Provinz bereits teilweise unterschritten wird.

Auch der Sektor der *offiziellen*, d. h. geregelten bzw. kontrollierten Preise wurde verstärkt von der nach abwärts gerichteten Preisbewegung erfaßt. Bei Textilien waren Preisreduktionen bei Herrenhemden, Damenwäsche und Damenkleiderstoffen zu beobachten, während die Preise für wollhaltige Waren, insbesondere für Herrenanzugstoffe ziemlich unverändert blieben. Eine nicht sichtbar werdende Preissenkung liegt in der fortschreitenden Verbesserung der Qualitäten. Diese haben allerdings noch bei weitem nicht das Vorkriegsniveau erreicht.

Auch das Preisbild auf der *Wiener Frühjahrsmesse* zeigte im allgemeinen eine Senkung gegenüber den Herbstpreisen, wenn auch das Preisniveau immer noch relativ hoch lag.

Die *Lebenshaltungskosten nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema* sanken bis Mitte März geringfügig, von 431,3 auf 429,1 (April 1945=100), da die Preissenkungen bei Äpfeln, Kaffee, Tee, Kakao, Herrenhemden, Damenunterkleidern und einigen Artikeln des Schulbedarfes zum großen Teil durch eine saisonbedingte Steigerung des Spinatpreises kompensiert worden ist¹⁾. Der Abstand zwischen dem Lebenshaltungskostenindex nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema und dem Index der Nettotariflöhne beträgt zur Zeit 14%.

Seit einiger Zeit werden Versuche gemacht, den Übergang von der Bewirtschaftung mit straffer Preisregelung zum freien Markt reibungsloser zu gestalten, indem laufend „*ortsübliche Preise*“ für Obst und Gemüse vom Marktamt und „*Richtpreise*“ für Schokolade, Kakao, Mandeln, Rosinen, Haselnußkerne von der Wirtschaftskommission der drei Kammern und des Gewerkschaftsbundes verlautbart werden. Beide Maßnahmen stellen keine ausgesprochene Preisbindung²⁾ dar, sondern sollen mehr auf dem Wege der psychologischen Beeinflussung unangenehm hohe Preise verhindern. Im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Hilfe für das

mit den Voraussetzungen für das Funktionieren der Händlerkonkurrenz wenig vertraute Publikum. Die Konsumenten sind tatsächlich vielfach noch an die in der Zeit der Bewirtschaftung und Preisregelung für alle Geschäfte geltenden Festpreise gewöhnt; zum Teil dürfte aber auch eine gewisse Bequemlichkeit, Marktkenntnis und vielfach noch eine zu geringe Wertschätzung kleiner und kleinster Geldbeträge durch die Konsumenten vorliegen, die dann dafür die Nachteile der unvollkommenen Konkurrenz in Kauf nehmen müssen. Es werden zu wenig Preisvergleiche angestellt, bzw. Preisdifferenzen nicht zum Anlaß einer Einkaufsverlagerung auf den billigeren Laden gemacht. Hier soll die Verlautbarung von „*ortsüblichen Preisen*“ und „*Richtpreisen*“ eine Schulung der Konsumenten bewirken und eine Hilfe darstellen, um die Nachteile der unvollständigen Konkurrenz auszuschalten. Sie kann aber dieser Aufgabe nur dann vollauf gerecht werden, wenn sie sich tatsächlich elastisch den Kosten- und Konkurrenzverhältnissen anpaßt, da sonst die Gefahr besteht, daß die „*ortsüblichen Preise*“ und die „*Richtpreise*“ bei zu hoher Festsetzung zu Mindestpreisen werden und bei zu niedriger Festsetzung das Warenangebot hemmen.

Tatsächlich sind besonders die „*Richtpreise*“ in letzter Zeit vielfach bereits unterboten worden, und es tritt die Frage auf, ob die Preissenkungen nicht ohne diese behördlichen Maßnahmen noch kräftiger gewesen wären.

In gewissem Sinne fällt auch das geplante „*Standard*“-Programm für Textilwaren in den Rahmen der erwähnten Zwischenregelungen. Gerade bei diesem Programm wäre es wichtig, daß die Praxis der Preisfestsetzungen elastisch bleibt. Die bisher vorgesehenen Preise dürften angesichts der zu erwartenden Entwicklung auf dem Baumwollsektor bereits zu hoch sein, so daß die Gefahr besteht, daß das Standardprogramm Preisreduktionen verhindert oder daß die standardisierten Waren teilweise unverkauft bleiben. (In diesem Zusammenhang könnte vielleicht darauf hingewiesen werden, daß die Erfahrungen in Deutschland zu einer Freigabe der Preisbildung für die „*Jedermann-Güter*“ geführt haben.)

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 109-110

Die Versorgung mit *rationierten* Nahrungsmitteln hat sich in der 51. Zuteilungsperiode (28. Februar bis 27. März 1949) gegenüber den beiden vorangegangenen Monaten des Jahres kaum verändert. Der leichte Rückgang der Inlandsaufbringung

¹⁾ Die leichte Erhöhung der Schuhpreise kam im Lebenshaltungskostenindex nicht zur Auswirkung, da sie sich auf sogenannte Modeschuhe beschränkt, die im Verbrauchsschema nicht enthalten sind.

²⁾ Nur „*ortsübliche*“ Preisüberschreitungen werden nach § 7 Bedarfsdeckungsstrafgesetz bestraft.

an Fleisch, Fett und Kartoffeln wurde durch die erhöhte Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Zucker aus der Inlandserzeugung weitgehend ausgeglichen, so daß der gesamte Kalorienbedarf ebenso wie in der Vorperiode zu 39% aus der Eigenaufbringung und zu 61% aus ausländischen Zuschüssen gedeckt wurde.

Die Verlängerung der Ablieferungsfristen und der Auszahlung der Getreidepreissubventionen bis Ende März hat bisher nicht den erwarteten Erfolg gebracht. Die Getreideablieferungen blieben im Februar allgemein — mit Ausnahme von Mais — hinter den Leistungen des Vormonats zurück, übertrafen jedoch — einschließlich des Überkontingentes — die Ziffern des gleichen Monats im Vorjahre.

Getreideablieferungen 1948 und 1949¹⁾

Monat	Brotgetreide		Gerste		Hafer		Mais	
	1948	1949	1948	1949	1948	1949	1948	1949
Jänner	129	192	20	31	28	23	18	31
Februar	30	43	7	11	10	6	5	31

¹⁾ Einschließlich Überkontingentlieferungen.

Insgesamt wurden bis Ende Februar einschließlich der Überkontingentlieferungen 202.000 t Brotgetreide, 34.000 t Gerste, 14.000 t Hafer und 18.000 t Mais erfaßt und damit gegenüber dem gleichen Termin des Vorjahres eine Mehrleistung von 50.000 t Brotgetreide, 6.500 t Gerste und 1.500 t Mais erzielt; dagegen war die Aufbringung von Hafer um 5.000 t geringer als im Vorjahr. Während bei den anderen Getreidearten noch mit weiteren Ablieferungen zu rechnen ist, wodurch möglicherweise der Abstand zu den Vorjahrsergebnissen vergrößert werden wird, sind bei Hafer keine nennenswerten Ablieferungen zu erwarten, da sowohl durch den Wegfall der Preisstützungen nach dem 31. Jänner als auch durch die viel höheren freien Haferpreise kein Anreiz für weitere Ablieferungen auf das Kontingent gegeben ist. Nur eine rigorose Durchführung der seinerzeit angekündigten Geldstrafen bei schuldhafter Nichterfüllung der Ablieferungsvorschrift (1,50 S für jedes nicht abgelieferte Kilogramm Getreide) könnte die Aufbringung eventuell etwas erhöhen. Auch hinsichtlich der Erfüllung der Kontingente wurden bisher bei Brotgetreide die besten Ergebnisse erzielt. Ende Februar war das Brotgetreidekontingent mit 83% erfüllt, während bei Mais 77%, bei Hafer 71% und bei Gerste nur 60% der Vorschriften aufgebracht wurden. Die Leistungen der einzelnen Bundesländer weichen von diesen Durchschnittssätzen stark ab. Abgesehen von der den tatsächlichen Produktions- und Ablieferungsverhältnissen vielfach nicht ganz entsprechenden Umlegung der Kontingente auf die

Perzentuelle Erfüllung der Getreidekontingente in den einzelnen Bundesländern (Stand am 28. Februar 1949)

Bundesland	Brotgetreide Ablieferungen ¹⁾ in %	Gerste in %	Hafer in %	Mais in %
Wien	109	55	70	69
Niederösterreich .	85	57	61	52
Burgenland . . .	73	63	100	100
Oberösterreich-N.	77	48	54	—
Oberösterreich-S.	90	84	80	—
Salzburg	95	100	—	—
Steiermark . . .	79	100	99	73
Kärnten	85	75	77	31
Tirol	—	100	—	100
Vorarlberg . . .	—	—	—	100
Insgesamt .	83	60	71	77

¹⁾ Ohne Ablieferungen auf das Überkontingent.

einzelnen Gebiete sind die unterdurchschnittlichen Leistungen Burgenlands und Niederösterreichs vor allem dadurch begründet, daß sich die Kontingente auch auf jene Betriebe beziehen, deren Marktleistung von der österreichischen Verwaltung nicht erfaßt werden kann.

Die Kartoffelaufbringung ist im Jänner und Februar weiter zurückgegangen. Während im Dezember noch rund 25.000 t abgeliefert wurden, waren es im Jänner 12.000 t und im Februar nur 3.000 t. Insgesamt wurden aus der Ernte 1948 bis Ende Februar rund 384.000 t Kartoffeln abgeliefert, davon nur 354.000 t für Speisezwecke. Damit hätte der Jahresbedarf der Nichtselbstversorger in Höhe von rund 420.000 t bereits zu 84% gedeckt werden können. Da jedoch beträchtliche Teile der Kartoffelaufbringung für Gaststätten und Werkküchen abgezweigt werden müssen, ist die bestehende Lücke in der Kartoffelversorgung weitaus größer. Da man andererseits mit größeren Ablieferungen kaum rechnen kann (im Vorjahr wurden von März bis Juni nur 11.000 t Speisekartoffeln aufgebracht), werden zur Überbrückung der Versorgungslücke außer den bisherigen Importen in nächster Zeit weitere 20.000 t Speisekartoffeln vorwiegend aus Holland eingeführt. Später sollen dann Frühkartoffeln aus Italien den Anschluß an die neue Ernte ermöglichen.

Die Milchablieferung ist nach dem Rückgang in den beiden letzten Monaten des Vorjahres im Jänner-saisonmäßig wieder gestiegen. Gegenüber dem Vormonat wurde eine Mehrleistung von 16%, gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine solche von 40% erzielt. Das Jännerkontingent wurde mit 5% überliefert.

Auf dem freien Lebensmittelsektor hat sich vor allem die Versorgung mit *Eiern* weiter gebessert. Durch die am 6. März erlassene Verfügung, daß

Überkontingenteier unter Umgehung der Erfassungsstellen direkt auf den Markt gebracht werden können, sowie durch die Aufhebung der bisherigen Preisregelung ist der Verbraucherpreis bis auf 80 g bis 1 S gefallen. Andererseits könnte jedoch zufolge dieser Anordnung die Aufbringung von Kontingenteiern gefährdet werden, da nunmehr die Kontrolle über das Ausmaß der Überkontingentlieferungen fehlt. (Bekanntlich wurde für 1949 verfügt, daß von den abgelieferten Eiern nur die Hälfte zu Überkontingentpreisen übernommen werden soll.) Auch die Bestimmung, daß für jeden Haushaltsangehörigen des Hühnerhalters ein Huhn, jedoch nicht mehr als zehn je Haushalt, von der Kontingentvorschrift auszunehmen ist, dürfte die Erfüllung des vorgesehenen Eierkontingents von 120 Mill. Stück unmöglich machen, da von den bei der letzten Zählung vom 3. Dezember 1948 gemeldeten 3,136.000 Hennen dadurch etwa 2,500.000 von der Ablieferungspflicht ausgenommen wären. Da andererseits nicht anzunehmen ist, daß die Produzenten auf die ihnen zustehende Quote von etwa 80 Eiern im Jahr, die noch erheblich hinter den Friedensverbrauchsgewohnheiten zurückbleibt (in der Vorkriegszeit wurden in Österreich durchschnittlich 100 Eier je Kopf und Jahr verbraucht), zugunsten einer Erhöhung der Marktleistung verzichten werden, könnten theoretisch insgesamt kaum mehr als 60 Mill. Stück Eier im Jahre 1949 auf den Markt kommen. Die Tatsache, daß bereits im Vorjahr allein auf legalem Wege rund 100 Mill. Stück aufgebracht wurden und für das laufende Jahr mit einer etwa doppelt so hohen Marktleistung gerechnet werden kann, beweist erneut die Schwierigkeiten, die der Nahrungsmittelbewirtschaftung aus der Unzulänglichkeit der Viehzählungsergebnisse erwachsen.

Die Versorgung mit frischem *Obst und Gemüse* ist als übersaisonnäßig günstig zu bezeichnen, was sich insbesondere in einer gegenüber der Hauptsaison wenig veränderten Preisgestaltung auswirkt. Gleichzeitig wird dadurch der Absatz einzelner Tiefkühlwaren (besonders Obst) sehr erschwert, so daß man zum Teil bereits zur Herabsetzung der ursprünglich festgesetzten Preise übergehen mußte. (Dagegen fand tiefgekühlter Spinat ausgezeichneten Absatz.) Tatsächlich wurde in den beiden ersten Monaten dieses Jahres in Wien etwa viermal soviel Frischgemüse und Frischobst wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres verbraucht.

Abgesehen von der relativ günstigen Angebotslage der wichtigsten freien Lebensmittel fehlt in diesem Jahr auch bei den bewirtschafteten Hauptnahrungsmitteln dank der größeren Vorratshaltung

und einer gewissen Regelmäßigkeit in den ausländischen Zuschüssen erstmalig seit Kriegsende die für die ersten Nachkriegsjahre typische, im Februar oder März einsetzende Versorgungskrise, die meist erst nach der neuen Ernte überwunden werden konnte.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 110

Mit dem *Frühjahrsanbau* von Getreide konnte nach dem 20. März in den östlichen Produktionsgebieten allgemein begonnen werden. Teilweise wurde im Flachland schon Ende Februar Sommerweizen und Gerste gesät. Das Ankeimen der Frühjahrs-saaten und das Wachstum der Winterungen wurde durch die relativ stärkeren Niederschläge nach Mitte März wesentlich begünstigt. Gebietsweise verursachten Erdverwehungen in Niederösterreich (humose Böden im Tullnerfeld und Steinfeld) Schäden an den Wintersaaten (besonders Winterweizen), die teilweise zu Umbrüchen und Neuansaaten zwangen.

Der *Wasservorrat* der Böden ist heuer etwas geringer als im Vorjahr, weshalb für das Pflanzenwachstum die Intensität und die Verteilung der Frühjahrsniederschläge stärker ins Gewicht fallen wird als 1948. So gab es vom November 1948 bis Ende Februar 1949 durchschnittlich nur rund 50% der normalen Niederschlagsmengen gegenüber 200% und mehr in vielen Gebieten Österreichs in der gleichen Periode des Vorjahres. Jedoch muß sich der Wasserhaushalt der Böden nicht proportional den Niederschlägen verändern, da übermäßige Niederschläge vielfach abfließen, geringere dagegen weitgehend gespeichert werden.

Niederschläge von November bis Ende Februar 1947/48 bzw. 1948/49¹⁾

Zeit	Wiener Becken u. nördl. Burgenland		Innviertel (O.Ö.) und Salzburger Flachgau		Grazer Becken	
	1947/48	1948/49	1947/48 188/1930 = 100	1948/49	1947/48	1948/49
November	166	22	363	52	79	48
Dezember	200	43	216	32	159	50
Jänner	236	97	193	103	189	71
Februar	300	34	225	42	87	5
Insgesamt	219	47	248	58	127	45

¹⁾ Nach Angaben der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien.

Die *Versorgung mit Saatgut* ist bei Hafer, Gerste und stärkereichen Kartoffeln ungünstiger als vorerst angenommen wurde¹⁾. Nicht nur das Hafer-Kompensationsgeschäft mit Holland hat sich zer-

¹⁾ Siehe Nr. 2 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXII. Jg. (Februar 1949), S. 51.

schlagen, auch Saatgut stärkereicher Kartoffelsorten soll im Ausland knapp und schwer erhältlich sein. Das Angebot an inländischer Saatgerste ist ebenfalls sehr gering, da der Absatz als Konsumware zum hohen Überkontingentpreis (2 S) mehr erbringt als die Saatware (1.50 S).

Holzproduktion und Holzexport Der Holzeinschlag

Der statistisch erfaßte Holzeinschlag (Einschlag auf die Umlage) war im 3. Quartal (1. Oktober bis 31. Dezember 1948) des laufenden Forstwirtschaftsjahres 1948/49 um 29% geringer als im 2. Quartal (1.48 gegen 2.09 Mill. *fm*) und um 22% niedriger als in der Vergleichsperiode 1947 (1.89 Mill. *fm*). Insgesamt wurden in den ersten drei Quartalen 1948 4.93 Mill. *fm* Holz oder 93.4% der Jahresumlage (5.28 Mill. *fm*) eingeschlagen gegenüber 5.21 Mill. *fm* (74.6% der um 32% höheren Umlage) im Vorjahr. Der tatsächliche Einschlag dürfte jedoch größer gewesen sein, da einzelne Sortimente sowie Mehrschlägerungen im Zuge der Auflockerung bzw. Aufhebung der Bewirtschaftung statistisch nicht mehr voll erfaßt wurden.

Der Holzeinschlag in den Jahren 1947 und 1948¹⁾ (Einschlag auf die Umlage)

Forstwirtschaftsjahr (I. IV.—31. III.)		in 1000 <i>fm</i> ohne Rinde			Gerbründe in q
		Nutzholz	Brennholz ²⁾	Nutz- und Brennholz	
1947	I. Quartal	944.9 ³⁾	383.2 ⁴⁾	1.328.1	64.443
	II. „	1.214.9 ³⁾	780.9 ⁴⁾	1.995.8	64.927
	III. „	928.1	958.2	1.886.3	27.457
	Insges.	3.087.9 ³⁾	2.122.3 ⁴⁾	5.210.2	156.827
1948	I. Quartal	1.121.7	241.6	1.363.3	42.033
	II. „	1.724.7	365.6	2.090.3	71.811
	III. „	1.043.0	433.6	1.476.6	30.701
	Insges.	3.889.4	1.040.8	4.930.2	144.545

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

²⁾ Einschließlich Nutzholzumlage B.

³⁾ Ohne Pa-Ko-Nutzholz.

⁴⁾ Einschließlich Pa-Ko-Nutzholz (500.000 *fm* Schleif- und Zelluloseholz).

Das geschlagene Holz stammte zu 64% aus Privatforsten und zu 36% aus Staats- und Körperschaftswäldern (der Anteil der Privatwälder an der Gesamtwaldfläche beträgt 62%). 77% des geschlagenen Holzes wurden aus Kahlschlägen, der Rest aus Durchforstungen gewonnen.

Der dank dem milden Winterwetter und der zufriedenstellenden Kohlenversorgung ausgelöste starke Nachfragerückgang nach Brennholz wirkte sich in einem Sinken der Brennholzpreise aus und führte zu einer gesamtwirtschaftlich sehr bedeut-

samen Mehrproduktion von Nutzholz. So sank die Brennholzproduktion im 3. Quartal 1948 gegenüber 1947 um 55%, während sich gleichzeitig die Nutzholzproduktion um 12% erhöhte. Insgesamt sank in den ersten drei Quartalen die Brennholzerzeugung um 36%, indessen die Produktion von Nutzholz um 8%, bei Ausscheidung des durch die Pa-Ko-Aktion geschlägerten Nutzholzes um 26% stieg¹⁾. Dank dieser günstigen Verschiebung in der Ausformung des Holzes wurde bereits in den ersten drei Quartalen 1948 um 13% mehr Nutzholz erzeugt (3.89 Mill. *fm*) als das ganze Jahreskontingent beträgt (3.45 Mill. *fm*). Besonders die Bundesländer Steiermark und Kärnten trugen zu dieser Entwicklung bei; sie erzeugten bis Ende Dezember um 84% und 66% mehr Nutzholz, als anteilmäßig der Umlage entsprach, und überfüllten damit die geplante Jahresproduktion vorzeitig um 38% und 24%.

Bei den noch besonders vorgeschriebenen Nutzholzsorimenten wurden die auf die ersten drei Quartale entfallenden Umlagemengen erfüllt. Nur bei Schwellen erreichte die Erzeugung trotz guter Absatzmöglichkeiten statt 75 nur 63% der Jahresquote. Das Zurückbleiben hinter dem Leistungssoll wird teils mit dem Mangel an geeigneten Harthölzern, teils mit den langen Zahlungsfristen der Bundesbahnen erklärt. Die Erzeugung von Generatorholz verliert immer mehr an Bedeutung.

Neben dem auf die Umlage entfallenden Einschlag wurden vom 1. April bis 31. Dezember 1948 noch 1.67 Mill. *fm* Holz für den Eigenverbrauch der Waldbesitzer und für Servitutberechtigten geschlägert. Von dieser Holzmenge, die immerhin 25% (im Vorjahr 26%) der gesamten Holzproduktion betrug, wurden nur 27% als Nutzholz, 73% dagegen als Brennholz verwendet²⁾. Besonders hoch war die betriebseigene und servitutsmäßige Holzentnahme in den Bundesländern Tirol, Salzburg und Vorarlberg mit 48, 43 und 41% vom Gesamteinschlag. Der hohe Eigenverbrauch in den Hochgebirgsländern ist überwiegend in der ungünstigen Verkehrslage und dem Mangel an sonstigen Brenn- und Baustoffen begründet. Gelänge es, auch den Brennholzverbrauch der Waldbesitzer und der Land-

¹⁾ Wenn man berücksichtigt, daß das auf Umlage B erzeugte Nutzholz (das ursprünglich als Brennholzreserve für besondere Notfälle gedacht war) wahrscheinlich ganz als Nutzholz verwertet werden wird, ergibt sich bis Ende des dritten Quartals gegenüber 1947 ein Rückgang in der Brennholzerzeugung um 47% und eine Produktionssteigerung bei Nutzholz um 14% bzw 32% (ohne Pa-Ko-Nutzholz).

²⁾ Vom Holzeinschlag auf die Umlage waren demgegenüber nur 21% Brenn- und 79% Nutzholz.

wirtschaft durch eine bessere Kohlen- und Energieversorgung einzuschränken — ein Vorhaben, das sowohl Versorgungs- als auch Kostenprobleme aufwirft —, könnte der zur Zeit verminderte Gesamtholzanfall durch eine relativ stärkere Nutzholzausformung und Nutzholzverarbeitung zu hochwertigen Veredlungsprodukten wertmäßig weitgehend wettgemacht werden.

Schlägerungen für den Eigenbedarf der Waldbesitzer und Servitutnutzungen vom 1. April bis 31. Dezember 1948¹⁾

Bundesländer	Eigenbedarf der Wald- besitzer	Servitutholz	Insgesamt
	in % des Gesamteinschlages		
Wien	13'3	0'1	13'4
Niederösterreich . . .	18'6	0'2	18'8
Oberösterreich	14'2	4'2	18'4
Salzburg	14'5	28'5	45'0
Steiermark	18'1	2'9	21'0
Kärnten	22'4	0'1	22'5
Tirol	23'7	24'7	48'4
Vorarlberg	18'8	22'4	41'2
Burgenland	18'3	0'0	18'3
Österreich insgesamt	18'5	6'8	25'3

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Der Gesamteinschlag (Einschlag auf die Umlage, für den Eigenbedarf der Waldbesitzer und für Servitutberechtigten) erreichte bis 31. Dezember 1948 6·60 Mill. *fm* (7·07 Mill. *fm* im Vorjahr); er dürfte sich bis zum Ende des Forstwirtschaftsjahres (31. März 1949) voraussichtlich noch auf mindestens 8 Mill. *fm* erhöhen und damit den derzeit nur auf 7 Mill. *fm* geschätzten jährlichen Holzzuwachs erneut überschritten haben.

Dank der relativ günstigen Holzproduktion dürfte sich die Versorgung der holzverarbeitenden Industrie mit Rohholz weiterhin bessern¹⁾. Dagegen dürfte bei einer weiteren Steigerung des Holzexports mit stärkeren Verknappungserscheinungen an Bau- und Schnittholz im Bausektor zu rechnen sein²⁾.

¹⁾ Viel weniger günstig sind dagegen die Aussichten für die stark überbesetzte Sägeindustrie, deren Kapazitäten auf Grund der heimischen Rohstoffbasis höchstens zu 50% ausgenützt werden können.

²⁾ Die im Sektor Holz noch bestehenden unausgeglichenen Verhältnisse haben wohl die Interessenvertretungen der Forstwirtschaft, der gewerblichen Verarbeitungsbetriebe und des Handels bewogen, im Rahmen einer freiwilligen Organisation (Holzwirtschaftsausschuß) die mit der Holzwirtschaft zusammenhängenden Probleme (Probleme der Holzproduktion und der Holzverteilung) gemeinsam im Wege freiwilliger Übereinkommen zu ordnen. Damit würde die bisherige staatliche Lenkung in Zukunft von einer privaten Institution durchgeführt werden. Inwieweit es dieser allerdings gelingen wird, die Marktverhältnisse zu

Die künftige Höhe der Holzproduktion wird wegen der Übernutzung der transportgünstig gelegenen Reviere weitgehend von der Möglichkeit der Bringung aus ungünstig gelegenen Forsten abhängen. Obwohl der Mangel an Forstarbeitern und an Straßentransportmitteln teilweise behoben werden konnte und auch die Bringung (Holztransport vom Schlag zur Straße) durch Waldwegebauten, Einsatz von Seilbahnen und Motorisierung des Transports mit Hilfe des Marshall-Plans verbessert werden soll, wird doch der Einschlag der in diesen Revieren stockenden Holzmasse überwiegend von kostenmäßigen Erwägungen abhängen. Die Höhe der Rohholzpreise, bzw. das Verhältnis zwischen Aufwand und Erlös wird hierfür bestimmend sein.

Der Holzexport

Der Rückgang der Ergiebigkeit der Wälder führte nach dem Kriege angesichts des erhöhten Holzbedarfes für den Wiederaufbau zu einem überaus starken Rückgang des Holzexports³⁾. Es standen daher zur Bezahlung wichtiger Importgüter weit geringere Holzexporterlöse zur Verfügung als in der Vorkriegszeit, obwohl die Preise des Auslandes für Holz und Holzwaren um vieles günstiger sind als früher.

Dank einer gesteigerten Ausfuhr von Halb- und Fertigprodukten aus Holz stieg zwar der Anteil des Exporterlöses der Holzwirtschaft — am Gesamtexporterlös — von 5% im Jahre 1947 auf 9% im Jahre 1948⁴⁾ und kam damit dem relativen Wert von 1937 nahe (11%), doch ist der absolute Abstand gegenüber der Vorkriegszeit im Hinblick auf das im Jahre 1948 noch um 50% niedrigere Außenhandelsvolumen noch immer groß. Der Rückgang der Ertragsfähigkeit der Forstwirtschaft ist wertmäßig im Außenhandel dadurch weniger fühlbar, daß gegenwärtig mehr Holz als 1937 im verarbeiteten Zustand ausgeführt wird. Um so größer

beeinflussen, gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte zu vertreten und — unter Bedachtnahme auf die Verknappung der Vorräte — eine ausreichende Versorgung des Inlandsmarktes zu erträglichen Preisen bei gleichzeitiger Intensivierung des Exportes sicherzustellen, bleibt abzuwarten. Besonders wichtig erschiene es, daß der Rohstoff Holz im Exportverkehr nur gegen gesamtwirtschaftlich wichtige Kompensationsgüter eingetauscht und Preisexzesse vermieden würden.

³⁾ Weitere Hemmungen im Export ergaben sich durch die Notwendigkeit, die verlorengegangenen Außenhandelsbeziehungen neu anzuknüpfen.

⁴⁾ Für das Wirtschaftsjahr 1948/49 ist ein Export von Holz- und Holzwaren im Werte von 10·9%, von allen Erzeugnissen auf Basis Holz von 23·4% der Gesamtausfuhr vorgesehen.

ist der mengenmäßige Rückgang des Holzexports; während z. B. die Ausfuhr von Holz im Jahre 1937 rund 170.000 Waggons (die etwa 3·8 Mill. *fm* Rohholz entsprechen) betrug, war sie 1948 nur noch 23.000 Waggons (1 Mill. *fm*). Immerhin war jedoch besonders in den letzten Monaten ein starkes Ansteigen der Holzausfuhr festzustellen. Im dritten und vierten Quartal 1948 betrug z. B. die mengenmäßige Holzausfuhr mehr als das Dreifache von 1947, wobei ein Teil der Exporte allerdings auf einer gesamtwirtschaftlich nicht immer gesunden Kompensationsbasis durchgeführt wurde.

Die Ausfuhr von Holz und Holzwaren¹⁾

Monatsdurchschnitt im	1947	1948 Waggons zu 10 t	1949
I. Quartal	516	907	4.206 ²⁾
II. Quartal	1.188	2.260	
III. Quartal	951	3.194	
IV. Quartal	1.110	3.630	

¹⁾ Nach Angaben der Österreichischen Holzwirtschaftsstelle.

²⁾ Jänner und Februar 1949.

Im einzelnen erhöhte sich im Jahre 1948 der Export von Schnittholz gegenüber 1947 von 159.164 auf 456.612 *m*³, bei Holzhäusern von 8.988 auf 37.571 *m*³, bei Kisten und Obststeigen von 3.728 auf 35.615 *m*³ und bei Grubenholz von 43.772 auf 62.130 *fm*; an Hart- und Dämmplatten wurde mehr als die elffache Menge von 1947 ausgeführt. Die Hauptabnehmer für Schnittholz waren Italien (63%) und Griechenland (12%), für Holzhäuser Holland (53%), für Kisten und Obststeigen Italien (82%), für Grubenholz Ungarn (100%), während Hartplatten überwiegend in Italien und Dämmplatten in Holland, Dänemark, der Tschechoslowakei und in Italien abgesetzt wurden.

So wie vor dem Kriege stammten mehr als 50% des ausgeführten Schnittholzes aus den Bundesländern Kärnten und Steiermark und mehr als 40% des Grubenholzes aus Niederösterreich. Die meisten Holzhäuser kamen aus Kärnten sowie aus Ober- und Niederösterreich, während Tirol vorwiegend Kisten, Obststeigen und Dämmplatten lieferte.

Obwohl in der nächsten Zeit mit einer verstärkten Konkurrenz der osteuropäischen Staaten gerechnet werden muß, scheinen die Aussichten für eine weitere Belebung des Holzexports nicht ungünstig zu sein. Hiefür spricht der noch immer relativ große Bedarf an Bau- und Schnittholz sowie an Fertigwaren aus Holz auf den in Betracht kommenden Märkten. Zudem ist das Exportgeschäft zur Zeit insofern konjunkturell begünstigt, als nicht voll zuzugende Holzpreise durch Preisaufschläge bei den

Kompensationsgütern zumindest ausgeglichen werden können.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 111—112

Die Energieversorgung war auch im Februar zufriedenstellend. Die Schwierigkeiten bei der Versorgung mit elektrischer Energie konnten im Rahmen der vorgesehenen Einsparungsmaßnahmen, dank der anhaltend günstigen Witterung und der ausreichenden Kohlenversorgung der Dampfkraftwerke, bewältigt werden.

Die Stromerzeugung aus den Wasserkraftwerken erreichte im Februar zwar den saisonmäßig erwarteten Tiefpunkt mit insgesamt 142 Mill. *kWh* (33% der Erzeugung von August 1948) und auch die kalorische Erzeugung wurde von 121 Mill. *kWh* im Jänner auf 108 Mill. *kWh* im Februar eingeschränkt; dafür wirkten sich aber die Stromsparmaßnahmen stärker aus (Mehrgebühren) und verringerten den Verbrauch gegenüber Jänner von 289 Mill. *kWh* auf 256 Mill. *kWh*, das ist um rund 11%!

Stromerzeugung und Verbrauch (Österreich insgesamt)

	Wasserkraftwerke	Dampfwerke in Mill. <i>kWh</i>	Insges.	Verbrauch
1948 VIII.	449·6	8·2	457·8	292·0
1948 XII.	166·8	152·6	319·3	305·1
1949 I.	156·7	121·0	277·7	289·2
II.	142·7	108·1	250·7	256·3

Die Kohleneinfuhren waren im Februar zwar etwas geringer als im Jänner, die Differenz hielt sich aber im Rahmen der normalen Schwankungen. Sämtliche Verbrauchergruppen, mit Ausnahme der Gaswerke, die über größere Vorräte verfügen, wurden ausreichend versorgt.

Versorgung Österreichs mit Kohle (Steinkohlenbasis)

	Inland	Ausland in 1.000 Tonnen	Insgesamt
Ø 1937	137·5	275·0	412·5
Ø 1948	132·1	413·2	445·3
1948 XII.	131·4	479·5	610·9
1949 I.	145·1	462·1	607·2
II.	146·2	433·8	580·0

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Kohlenpreise sind wohl in den Hauptpunkten abgeschlossen worden, da aber noch einige Unklarheiten bestehen, wurde der Geltungsbeginn der Neuregelung neuerlich verschoben. Inzwischen hat der inländische Braunkohlenbergbau bereits schwere Verluste erlitten und ist dadurch in eine schwierige Lage geraten, die auch durch erhöhte Preise nicht

ohne weiteres beseitigt werden kann. Einige Betriebe waren zur Einstellung gezwungen, andere mußten erhebliche Kredite zur Deckung ihrer Personalausgaben beanspruchen, so daß die vorgesehene Investitionstätigkeit stark eingeschränkt worden ist.

Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 113-117

Die gewerbliche Produktion hat die Wintermonate 1948/49 ohne größere Rückschläge überwinden können. Die angespannte Stromversorgungslage machte zwar auf einigen Gebieten Einschränkungen notwendig, beeinträchtigte aber das Volumen der Gesamtproduktion nur unbedeutend. Einige Zweige konnten sogar auch in diesen Monaten weitere Produktionssteigerungen erzielen. Dies trifft besonders für die Textilindustrie zu, da sowohl die inländische Zellwolleerzeugung, als auch die Rohstofflieferungen aus dem ERP allmählich größeren Umfang annahmen.

Der *Index der industriellen Produktion* sank von Dezember bis Jänner um ungefähr 4%, vor allem wegen des saisonmäßigen Rückganges in der Baustoffindustrie, deren Produktion im Jänner um rund 40% niedriger war als im Dezember, hauptsächlich weil die Ziegelerzeugung während der Frostperiode praktisch stillgelegt war. Außerdem erreichte auch die Stromerzeugung im Jänner nur etwa 80% vom Dezember (und nur rund 50% vom August, dem Monat mit der bisher größten Leistung). Die Produktionsschwankungen in den übrigen Zweigen hielten sich ungefähr die Waage und sind ohne besondere Bedeutung.

Erstmalig seit langer Zeit blieb der *Index der Beschäftigung* nahezu unverändert (Dezember 142,7, Jänner 142,5). Da jedoch die Produktion gleichzeitig zurückging, sank die Produktivität auf 67,3 (1937 = 100); sie blieb damit um rund 12% hinter dem seit Kriegsende erreichten Höchststand (August 1948) von 75,9 zurück.

Der *Index der Produktionsmittelerzeugung* fiel von 136,6 (1937 = 100) im Dezember auf 127,0 im Jänner, die *Konsumgüterindustrien* dagegen konnten ihre Erzeugung nahezu unverändert aufrechterhalten (Dezember 71,4, Jänner 70,7).

Die *Bergbauproduktion* (einschließlich Kohle) stieg im Jänner um rund 1%. Die Produktionschwankungen in den einzelnen Zweigen waren bedeutungslos.

Über die Produktionsentwicklung der *Magnesitindustrie* gibt nachstehende Übersicht Aufschluß.

In der *Schwerindustrie* stieg die *Roheisen-* und *Stahlproduktion* im Jänner und Februar weiter. Die

Produktion der Magnesitindustrie

	Rohmagnesit	Sintermagnesit	Kaustisch gebrannter Magnesit	Magnesit Steine
			in Tonnen	
Ø 1937	33.155	9.128	3.930	5.042
Ø 1948	33.428	10.604	4.460	7.571
1948 XII.	38.000	13.272	5.835	8.597
1949 I.	32.745	13.300	6.652	8.712
✓ II.	37.037	9.143	3.955	7.721

Walzwarenerzeugung erreichte im Jänner den bisher höchsten Stand seit Kriegsende; er ist aber im Februar nicht mehr gehalten worden, ohne jedoch das Niveau des Jahres 1937 zu unterschreiten. Die Zusammensetzung der Produktion entspricht allerdings noch immer nicht den Erfordernissen einer ausreichenden Inlandsversorgung, da die Erzeugung von *Feinblechen* und *Formstahl* noch immer völlig unzureichend ist und die Überproduktion auf anderen Gebieten dafür keinen Ersatz bietet.

In der *Baustoffindustrie* kam es saisonbedingt zu fast völliger Einstellung der Ziegelproduktion, da während der Frostperiode nur die wenigen Betriebe, die über Anlagen zur künstlichen Trocknung verfügen, arbeiten konnten. Auch die Zementerzeugung war geringer als in den Vormonaten, aber noch immer größer als im Durchschnitt des Jahres 1937.

Unter den *Konsumgüterindustrien* entwickelt sich besonders die *Textilindustrie* in den letzten Monaten sehr günstig. Die Rohstoffversorgung konsolidierte sich allmählich, so daß der Umfang des Lohngeschäftes immer mehr eingeschränkt werden kann. Im Dezember erreichte der *Index der Textilindustrie* bereits 75% von 1937 (allerdings einschließlich des Lohnverkehrs).

Die *Papierindustrie* hat den Tiefpunkt ihrer Produktion in den Wintermonaten anscheinend bereits erreicht, so daß in den nächsten Monaten wieder eine Aufwärtsentwicklung zu erwarten ist.

Erzeugung der Papierindustrie

	Holzschliff	Zellulose	Papier	Pappe
		in Tonnen		
Ø 1937	9.163	25.337	19.345	5.342
Ø 1948	5.801	12.185	15.777	3.810
1948 XII.	3.224	13.162	15.873	3.579
1949 I.	4.509	14.087	16.028	3.304
II.	4.741	13.205	16.558	3.336

Die *Schuhindustrie* hat im Jänner annähernd gleichviel Schuhe erzeugt wie im Dezember, während im Februar ein leichter Rückschlag eingesetzt hat. Im März hofft man diese Einbuße wieder auszugleichen und die Produktion von etwa 300.000 Paar Lederschuhen im Monat so weit zu sichern, daß die Bewirtschaftung aufgehoben werden kann.

Die *Tabakwarenerzeugung* hat bei Zigaretten den Vorkriegsstand seit einigen Monaten bereits weit überschritten. Die Zigarrenherzeugung hingegen hat erst rund 75% von 1937 erreicht, während die Zigarettentabak- und Rauchtobakherstellung kaum 20% beträgt. Die Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung dürften außer in Schwierigkeiten bei der Beschaffung des geeigneten Rohmaterials auch in fiskalischen Erwägungen liegen. Der Ertrag an Steuern ist je Kilogramm Rohtabak bei Verarbeitung auf Zigaretten viel höher als bei Rauchtobaken.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 118

Im Jänner sind die Umsätze ungefähr im Ausmaße der normalen Saisonschwankungen zurückgegangen. Die *Gesamtumsätze* verminderten sich gegenüber dem Vormonat um nahezu 50%, übertrafen jedoch den Stand des gleichen Monats des Vorjahres wertmäßig um 53%, mengenmäßig zufolge der im Laufe des Jahres bei einer Reihe von Konsumgütern eingetretenen Preisverminderung um rund 60%.

Auch diesmal wurden von dem allgemeinen Absatzrückgang die Güter des periodischen Bedarfes weitaus stärker betroffen als die weniger nachfrageelastischen Artikel des täglichen Bedarfs. Sowohl in den Wiener Warenhäusern als auch im Fach-einzelhandel sind die Umsätze in Möbeln, Hausrat, Leder- und Galanteriewaren sowie Sportartikeln, die in der Gruppe „*sonstige Branchen*“ zusammengefaßt sind, um etwa 70 bis 80% gegenüber dem Vormonat gesunken. Dagegen verzeichnete der *Nahrungsmittelhandel* einen Umsatzrückgang von 38%. Auch die Umsätze in der *Textil- und Bekleidungsbranche* sind stark gefallen, wobei zu bemerken ist, daß der Rückgang bei den Schuhumsätzen (um 45%) als Folge des geringeren Anstieges in den vorhergehenden Monaten und des noch sehr großen ungedeckten Bedarfes weitaus kleiner ist als bei Textilien (um 60%).

Entsprechend der Umsatzentwicklung im Jänner haben auch die *Umsatzsteuereinnahmen* im Februar um etwa 25% gegenüber dem Vormonat abgenommen.

Diese saisonbedingte Stagnation des Geschäftsganges, die durch Inventurverkäufe u. ä. in einzelnen Branchen etwas abgeschwächt werden konnte, war nur vorübergehend, da sich bereits im Februar die Umsatztätigkeit wieder etwas belebte. Während der Saisonindex im Februar zum Teil einen weiteren Umsatzrückgang oder nur ganz

geringfügige Zunahmen aufweist, liegen in diesem Jahr die Februarumsätze nach vorläufigen Meldungen um etwa 10 bis 20% über dem Stand des Vormonates, wobei sich auch der Zuwachs gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres beachtlich vergrößerte.

Die *Vergnügungsstätten* dagegen hatten Hochsaison (Fasching). Die Steuervorschreibungen der Wiener Kinos und Theater lassen — wenn man von den Nachtragsvorschreibungen für das abgelaufene Jahr absieht — nahezu auf eine Verdreifachung des Besuches gegenüber dem Vormonat schließen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 119—123

Die Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt, die im Dezember zum Vorschein kam, verschärfte sich im Jänner, als die Zahl der Stellensuchenden um weitere 37.384 auf 131.034 anstieg. Gleichzeitig fiel die Zahl der Krankenversicherten um 35.700 auf 1.842.200; das stellt einen stärkeren Rückgang als vor einem Jahre dar (21.000 im gleichen Zeitraum). Durch diesen stärkeren Rückgang lag zum erstenmal seit Kriegsende die Zahl der krankenversicherten Arbeitnehmer unter dem entsprechenden Monat des Vorjahres. Im Jänner 1948 hatte die Zahl der Krankenversicherten 1.849.600 betragen.

Nach diesen Rückschlägen im Dezember und Jänner ist mit der fortschreitenden Saison ein allmähliches Abflauen der Schwierigkeiten und schließlich eine Erholung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse zeigt für den Monat Februar bereits wieder ein leichtes Anwachsen des Versichertenstandes der Arbeiter und Angestellten von 465.500 auf 467.400. Allerdings ist diese Steigerung geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres und der gegenwärtige Versichertenstand ist geringer als der im Februar 1948. Dabei ist zu bemerken, daß Wien im allgemeinen unter dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten weniger gelitten hat als die meisten anderen Bundesländer, weil vorwiegend die Bautätigkeit, die in den anderen Bundesländern eine breitere Rolle gespielt hatte, stärker zurückging und weil einige der industriellen Neugründungen außerhalb der alten Industriegebiete mit dem Abflauen der Inflationskonjunktur in Schwierigkeiten geraten. Von November 1948 bis Jänner 1949 stieg die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden in Wien um 55%, im restlichen Österreich aber um 139%.

Die Zahl der Stellensuchenden nahm auch noch im Februar im Gegensatz zum Vorjahr etwas zu und

erreichte einen Stand von 138.652. Auch im März dürfte noch keine sehr merkbliche Erleichterung eingetreten sein, da die spätwinterliche Witterung den Beginn der Bausaison verzögerte, die außerdem auch unter der Ungewißheit des voraussichtlichen Ausmaßes der öffentlichen und privaten Bautätigkeit leidet. Der April wird daher erst in entscheidender Weise zeigen, wieweit sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt über das Saisonmäßige hinaus verschlechtert hat.

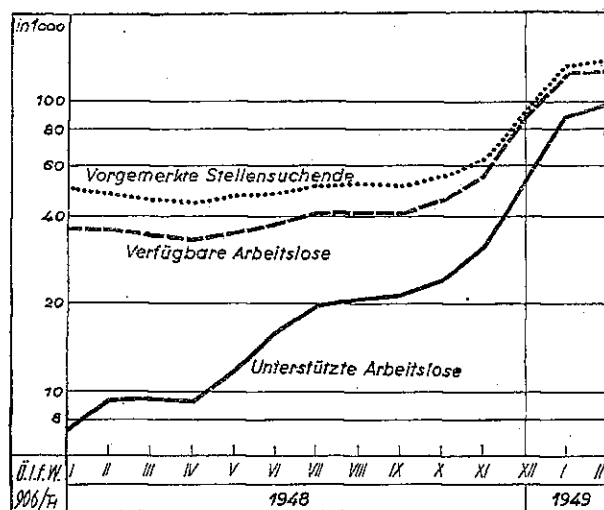
Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt äußert sich nicht nur in der höheren Zahl der Stellensuchenden, sondern vor allem auch in ihrer Gliederung. Waren vor einem Jahr noch viele Stellensuchende nicht arbeitslos im engeren Sinn des Wortes, sei es weil sie nur Kurzarbeit hatten oder suchten oder einen Arbeitsplatzwechsel anstrebten, sei es weil sie nur auf die endgültige Anstellung auf einem zugewiesenen Posten warteten oder durch eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als zwei Drittel nur unter ganz besonderen Voraussetzungen in Arbeit gebracht werden konnten, so setzt sich heute die große Mehrzahl der Stellensuchenden aus echten Arbeitslosen zusammen. Der Anteil dieser echten Arbeitslosen, der „verfügbaren Arbeitslosen“, wie sie in der Arbeitsmarktstatistik heißen, betrug im Jänner 1948 mit 36.254 nur 72% aller Stellensuchenden, stieg aber dann ständig an, erreichte im Juni 1948 mit 37.329 76% und im Februar 1949 mit 129.663 94% aller Stellensuchenden.

Noch viel stärker war das absolute und relative Anwachsen der unterstützten Arbeitslosen, was darauf hinweist, daß es sich bei den Arbeitslosen in steigendem Maße um Leute handelt, die nicht neuerdings auf den Arbeitsmarkt kommen, sondern vielmehr in der letzten Zeit im Arbeitsprozeß standen¹⁾. Der Anteil der unterstützten Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Stellensuchenden betrug im Jänner 1948 15%, im Juni 1948 32%, im Februar 1949 aber 71%.

Schließlich ist bei einer Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt auch zu bemerken, daß mit dem Wegfall des Arbeitsvermittlungsgesetzes im Dezember 1947 der Anreiz zur Anmeldung beim Arbeitsamt verringert wurde, da seit damals Anstellungen auch ohne Vermittlung bzw. Zustimmung der Arbeitsämter vorgenommen werden können. Tatsächlich ging auch die Zahl der durch die Arbeitsämter vermittelten Stellen sprunghaft von einem

Jahresdurchschnitt von 72.662 i. J. 1947 auf 44.736 i. J. 1948 zurück. Noch deutlicher wird diese Umgehung des Arbeitsamtes bei der Stellenvermittlung, wenn wir eine Berufskategorie betrachten, bei der die Besetzung von Arbeitsplätzen durch die Zeitungsannonce oder durch persönliche Beziehungen eine starke Tradition hat. Wenn wir die Gruppe „Kaufmännische, Büro- und Verwaltungsberufe“ ansehen, so finden wir, daß hier die Stellenvermittlungen der Arbeitsämter von einem Jahresdurchschnitt von 6.089 i. J. 1947 auf 2.488 i. J. 1948 zurückgegangen sind. Man wird daher schließen müssen, daß zumindest bei einigen Berufen die Besetzung von Arbeitsplätzen ohne Benützung der Arbeitsämter wieder eine breitere Rolle spielt und daß daher ein Teil der Stellensuchenden, die sowieso keinen Anspruch auf eine Unterstützung haben, es heute nicht der Mühe wert findet, sich beim Arbeitsamt anzumelden.

Vorgemerkte Stellensuchende, verfügbare und unterstützte Arbeitslose¹⁾
(Logarithmischer Maßstab; 1000 Personen)



In den vergangenen Monaten ist vor allem die Zahl der verfügbaren und unterstützten Arbeitslosen stark gestiegen. Das heißt, die Arbeitsämter wurden nicht mehr in erster Linie durch neu hinzukommende oder bloß eine Veränderung suchende Arbeitskräfte beansprucht, sondern überwiegend von wirklichen Arbeitslosen, die ihren Arbeitsplatz — wenn auch teilweise nur saisonmäßig — verloren haben.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 124—125

Die Verkehrsleistungen der Bundesbahnen im Monat Jänner lagen infolge des saisonbedingten

¹⁾ Voraussetzung für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung ist nebst der Bereitwilligkeit, Arbeit anzunehmen, 20 Wochen Arbeit innerhalb der letzten zwölf Monate und gefährdeter Lebensunterhalt.

¹⁾ Nach der Statistik des Bundesministeriums für soziale Verwaltung nach den Meldungen der Landesarbeitsämter.

Rückganges der Güterbeförderung unter jenen vom Dezember. Im *Güterverkehr* wurden 517·6 (Dezember: 562·0) Mill. Nutzlast-Tonnenkilometer gefahren, die Zahl der Wagenladungen sank von 129.200 im Dezember auf 118.900 im Jänner, von diesen entfielen 20·5% auf Kohle. Zuzufolge dieses geringeren Bedarfes an Wagenraum konnten die Bundesbahnen auch allen Anforderungen restlos entsprechen und der Berichtsmonat verlief ohne Güterstauungen, wie sie in den vorangegangenen Monaten öfters auftraten. Erst gegen Monatsende trat im Zusammenhang mit dem Abtransport von ERP-Gütern aus Triest eine gewisse Anspannung ein, die sich in den Monaten Februar und März weiter verschärfte, da insgesamt 300.000 t Güter aus dem Triester Hafen abzuführen waren. — Auch der *Personenverkehr* blieb im Monat Jänner, allerdings entgegen einer sonst saisonüblichen leichten Frequenzsteigerung in den Wintermonaten gegenüber Oktober/November weiterhin rückläufig. Die Zahl der verkauften Fahrkarten sank auf rund 5·4 Mill. Stück (November 6·1, Dezember 5·9), die der Nutzlast-Tonnenkilometer auf 44·4 Millionen (Dezember 47·5). Die Fremdenverkehrsmeldungen bestätigen eine durchwegs schwache Wintersaison (abgesehen von einigen Wintersportplätzen Tirols und Vorarlbergs, die einen guten Ausländerbesuch aufzuweisen hatten).

Das am 22. November 1948 verneunfachte *Wagenstandsgeld* wurde am 6. Jänner wieder auf den einfachen Satz reduziert (siehe Monatsbericht Nr. 2/1949). Die von den Bundesbahnen beantragte neuerliche Erhöhung wurde inzwischen vom Ministerrat zur Kenntnis genommen und dürfte am 1. April in Kraft treten. Die neue Gebührenstaffelung stellt insofern ein Kompromiß dar, als man der Forderung der Bundeskammer, eine stundenweise Berechnung einzuführen, entgegenkam und die ersten 24 Stunden in angefangene 15 Stunden und weitere 9 Stunden unterteilte. Die beabsichtigte Erhöhung dient zur Erzielung eines schnelleren Wagenumlaufes. Die gegenwärtige Gebühr liegt unter dem Stand von 1937 und weit unter den Kosten einer privaten Lagerung, so daß die Waggonen oft tagelang nicht entladen werden. (So beträgt z. B. das Wagenstandsgeld [Waggonen zu 15 t] für drei Tage nach Ablauf der Frist 16·50 S, während beim Spediteur für Wagenladungen rund 26.— S reine Lagergebühr zu entrichten sind und für Stückgut durchschnittlich rund 60.— S.) Die neuen Sätze liegen beträchtlich über dem Spediteurtarif und werden eine beschleunigte Ent- und Beladung bedingen. Auf die Entladung wirkt allerdings auch

die in einigen Industrien eingeführte 5-Tage-Woche verzögernd ein, so daß der Spediteur oft nicht in der Lage ist, am Samstag ankommendes Gut zu entladen, sofern er es nicht auf eigenes Lager nehmen will.

Von den im Berichtsmonat durchgeführten *Tarifänderungen* ist die Aufhebung von sechs und die Erhöhung von drei Ausnahmetarifen hervorzuheben (siehe Monatsbericht Nr. 12/1948). Da die meisten der davon betroffenen Güter im Laufe des Jahres 1948 eine weitere Preissteigerung erfahren haben, war eine derartige indirekte Subventionierung nicht mehr gerechtfertigt, insbesondere nicht angesichts des Defizits der Bundesbahnen. Die dadurch bedingte zusätzliche Frachtbelastung bewegt sich pro kg zwischen 0·7 und 1·2 Groschen und beträgt z. B. für ein Schwein 1·56 S, ein Rind 3·90 S und ein Pferd 94 Groschen. Trotzdem liegt der Frachtanteil für diese Güter immer noch unter dem Niveau von 1937.

Eine weitere tarifarische Änderung betrifft die Neufassung des Sammelguttarifes mit Wirkung vom 1. Jänner 1949. Nachdem bereits im neuen Gütertarif vom 1. Juli 1948 der bis dahin gültige Artikel 18 (Sammelgut in Wagenladungen) zufolge seiner verkehrswirtschaftlichen Bedeutung als eigenes Hauptstück (V) angeführt wurde, ist mit der neuen Fassung vom 1. Jänner eine weitere Tarifrationalisierung und stärkere Begünstigung des Sammelgutverkehrs durchgeführt worden. Die Rationalisierung erstreckt sich vor allem auf die Frachtberechnungsbestimmungen, die durch Beigabe einer eigenen Frachtsatztafel vereinfacht wurden und das bisher umständliche Berechnungsverfahren nach den Tarifklassen des Regeltarifes (B 5, B 10, B) beseitigt. Durch Herabsetzung der Mindestmengen in einigen Verkehrsbeziehungen und stärkere Frachtsatzdifferenzierung der 5-, 10- und 15-t Sätze einerseits und der Sätze für Mindestmengen über bzw. unter 960 t jährlich andererseits soll sowohl ein Anreiz ausgeübt wie eine bessere Wagenausnutzung erreicht werden. Die Verlängerung der Begünstigungsdauer von 6 Monaten auf ein Jahr bedeutet einen weiteren Schritt in der Stabilisierung der Tarifbestimmungen.

Die *Elektrifizierung* des Streckennetzes erfuhr durch die Beendigung der Bauarbeiten an der Linie Bregenz—St. Margrethen und die Aufnahme des Verkehrs am 12. Jänner 1949 die Erfüllung des ersten Bauabschnittes im Rahmen des Zwölfjahresprogramms. Damit sind zwei Schienenverbindungen zwischen Österreich und der Schweiz auf elektrische Traktion umgestellt. Das elektrifizierte Streckennetz der Bundesbahnen beträgt nunmehr 1.013 km und wird voraussichtlich im Sommer durch die Beendigung der Arbeiten auf der Bahnlinie Attnang-Puchheim—Linz eine weitere Erhöhung um 55 km erfahren.

Der *Donauschiffsverkehr* war im Monat Jänner und Februar infolge Niederwasser praktisch stillgelegt. Erst am 28. Februar fuhren die ersten Leerschlepper wieder bergwärts und nahmen den Kohlentransport auf. Im Passagierverkehr ist die Verlänge-

rung der Fahrstrecke bis Passau vorgesehen. Im Dienste einer weiteren Rationalisierung des Betriebes nahm die DDSG eine rein innerbetriebliche Trennung in eine alte und neue Geschäftsführung vor, um auf der kurzen Betriebsstrecke mit dem rationellsten Schiffspark und dementsprechenden Verwaltungsapparat zu arbeiten. Mit einer Ausweitung des Verkehrs auf die untere Donau-Strecke wird auch diese Organisationsmaßnahme wieder hinfällig.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 126—127

Der saisonmäßige Rückgang der Ausfuhr trat im Jänner erwartungsgemäß ein, war aber geringer als im Vorjahr. Die Ausfuhr fiel um 28,9 Mill. S (11,5%) auf 223,4 Mill. S, während vor einem Jahr der Rückgang 37,9 Mill. S oder 30,3% betrug. Im Gegensatz zum Vorjahr ging heuer auch die Einfuhr im Jänner von ihrem äußerst hohen Dezemberwert bedeutend zurück, war aber mit 268,6 Mill. S noch immer um 30 Mill. S größer als im November.

Der Quantumindex, der nun für das letzte Vierteljahr 1948 vorliegt, spiegelt deutlich die starke Aufwärtsbewegung des Außenhandels, insbesondere der Ausfuhr, wider. Das *Ausfuhrvolumen* (von Preisveränderungen bereinigter Umsatz) stieg vom dritten zum vierten Quartal um 17%, wobei vor allem ein stärkeres Steigen der Gruppe Nahrungsmittel auffällt. (Es handelt sich hauptsächlich um die Ausfuhr von Zuchtrindern, Geflügel und Kartoffeln.) Die Nahrungsmittelausfuhr erreichte damit ein Viertel des Vorkriegsvolumens.

Das *Einfuhrvolumen* stieg hingegen nur um 9%. Diese Steigerung vollzog sich im Nahrungsmittelsektor und bei den Fertigwaren, während im Rohstoffsektor das Einfuhrvolumen von 65,8% auf 61,3% (Volumen 1937 = 100) zurückging. Die auffallende Steigerung des Volumens der Fertigwareneinfuhr von 65% auf 81% des Vorkriegsvolumens ist vor allem auf eine starke Zunahme der Einfuhr von Wollwaren, Seidengespinnsten, Eisenwaren sowie von Maschinen und Apparaten im Dezember zurückzuführen. Ein Teil dieser Mehreinfuhren dürfte dem Marshall-Plan entstammen.

Obwohl der aus dem Quantumindex abgeleitete Preisindex (Außenhandelswert: Außenhandelsquantum) nur beschränkten Erkenntniswert hat¹⁾, so

¹⁾ Abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich aus unrichtigen Wertangaben, Qualitätsverschiebungen und Änderungen in der Zusammensetzung einzelner Warengruppen ergeben, erlaubt die verwendete Berechnungsmethode des Preisindex eigentlich nur Preisvergleiche zwischen den einzelnen Quartalen und dem Jahre 1937, nicht

läßt die Steigerung des Ausfuhrpreisindex von 304 auf 334 doch den Schluß zu, daß sich das Preis-Lohn-Abkommen vom Herbst vorigen Jahres unmittelbar auf die Exportpreise auswirkte. Auch der Index der Einfuhrpreise stieg um weniges — insbesondere unter der Einwirkung höherer Rohstoffpreise — erreichte jedoch nicht den hohen Stand, den er zu Beginn des Jahres 1948 einnahm.

Der handelsstatistisch erfaßte Außenhandel Österreichs Quantumindex (1937 = 100)

Warengruppe	Quartals- durchschnitt		3. Quartal 1948	4. Quartal 1948
	1947	1948		
Ausfuhr				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	13,8	16,7	16,5	26,8
Rohstoffe	21,4	50,8	56,2	66,1
Fertigwaren	29,6	54,2	58,2	67,3
Insgesamt	26,5	51,6	55,9	65,2
Einfuhr				
Lebende Tiere und Nahrungsmittel	8,5	16,8	15,8	23,0
Rohstoffe	35,3	58,6	65,8	61,3
Fertigwaren	23,1	59,4	65,0	81,0
Insgesamt	24,2	47,2	51,6	56,4
Preisindex (1937 = 100)				
Ausfuhrpreise	254	314	304	334
Einfuhrpreise	336	381	360	383
Austauschverhältnis ¹⁾	76	82	84	87

¹⁾ Ausfuhrpreise: Einfuhrpreise.

Die Ausfuhr ist im vergangenen Jahr noch stärker als die Produktion gestiegen. Das ist deutlich aus den untenstehend für einige Produkte wiedergegebenen Ausfuhrquoten ersichtlich (Ausfuhrmengen in Prozenten der erzeugten Mengen). In fast allen Fällen ist im Jahre 1948 ein höherer Prozentsatz der Produktion ausgeführt worden als 1947. Ein Vergleich mit 1937 zeigt jedoch auch die veränderte Struktur unseres Exportes. Die Stahl- und Eisenindustrie, die heute bereits das Produktionsniveau von 1937 erreicht oder überschritten hat, führt von dieser großen Produktion einen höheren Prozentsatz aus als im Jahre 1937. Die Papier- und Holzindustrie jedoch, die in ihrer Produktion noch beträchtlich hinter dem Vorkriegsniveau zurückbleibt, exportiert heute einen viel kleineren Teil ihrer Produktion.

aber von Quartal zu Quartal. (Siehe die methodologischen Bemerkungen im Anhang zur Beilage Nr. 6 der Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, XXI. Jg., Nr. 2 „Das Außenhandelsvolumen Österreichs im Jahre 1947“.) Für kürzere Zeiträume jedoch, während derer sich die warenmäßige Zusammensetzung des Außenhandels nicht allzusehr verändert, kann der Preisindex als Approximation für die Preisveränderungen in diesen Zeiträumen herangezogen werden.

Unsere ganze Wirtschafts- und Exportstruktur hängt daher weitgehend von der gegenwärtigen internationalen Wiederaufbau- und Rüstungskonjunktur ab. Selbst ein leichter Rückgang dieser Konjunktur würde die Konkurrenz von amerikanischer, britischer, französischer, belgischer, deutscher, schwedischer und tschechischer Seite außerordentlich verschärfen und schwere Rückwirkungen auf die österreichische Ausfuhr haben.

Ausfuhrquoten

(Ausgeführte Menge in % der Gesamtproduktion)

Ware	1937	1947	1948	1948	
				3. Quart.	4. Quart.
Eisenerz	20.3	4.0	0.2	—	—
Roheisen	29.5	30.4	36.9	34.1	39.8
Stahl	1.0	0.6	1.5	1.0	2.1
Walzware	26.8	23.9	29.0	30.2	29.2
Papier	50.5	31.4	35.9	34.9	40.2
Pappe	51.0	35.8	30.5	27.4	40.1
Holzschliff	19.4	2.3	3.2	6.1	7.3
Zellulose	54.2	12.6	25.3	27.1	36.4
Sud- und Steinsalz	7.8	9.0	6.9	—	7.7
Sintermagnesit	53.5	40.6	42.6	48.0	44.5
Kaustisch gebr. Magnesit	112.4	25.7	28.6	18.5	42.2
Magnesitziegel u. -platten	88.0	78.8	75.5	75.9	84.7

Ausdehnung des Handelsvertragsnetzes

Nach der ruhigen Phase der handelspolitischen Aktivität im ersten Halbjahr 1948 kam es im zweiten Halbjahr zum Abschluß und zur Vorbereitung einer Reihe wichtiger Verträge. Im Jahre 1948 kamen zu den neun, zu Beginn des Jahres bereits bestehenden Handelsabkommen (mit Bulgarien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Polen, Schweiz, Ungarn) fünf weitere hinzu (mit Belgien, Bi-Zone, Dänemark, Schweden, Tschechoslowakei), während gleichzeitig alle alten Abkommen, mit Ausnahme der Abkommen mit Italien und der Schweiz, erneuert und in den meisten Fällen bedeutend erweitert wurden. Im Verkehr mit Großbritannien war es möglich, durch gewöhnliche Besprechungen gewisse Quotenerleichterungen zu erzielen.

Im neuen Jahr hat sich die handelspolitische Aktivität fortgesetzt. Handelsabkommen mit Indien und der Türkei stehen unmittelbar vor dem Abschluß¹⁾, während Verhandlungen mit Island vorläufig nur zu einem größeren Kompensationsgeschäft geführt haben; Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien und Argentinien stehen bevor. Die Verhandlungen zur Erneuerung des Italienvertrages, die

¹⁾ Die Zahl der derzeit gültigen Handelsabkommen wird damit einen Stand von 16 erreichten, gegenüber 32 vor dem Kriege.

vorigen Dezember abgebrochen wurden, wurden im März erfolgreich zu Ende geführt.

Die Handelsabkommen tragen noch immer den etwas provisorischen Charakter kurzfristiger (meist einjähriger) Clearing- und Kompensationsverträge (mit mengen- oder wertmäßig festgelegten Kontingentlisten für den Clearingverkehr), wobei vielfach sogenannte „gemischte Kommissionen“ fallweise durch Änderung der Kontingente die Elastizität der Verträge erhöhen. Der Einbau von Kompensationsverträgen wird von österreichischer Seite deshalb als wünschenswert angesehen — der Abschluß des Vertrages mit der Türkei hat sich aus diesem Grunde lange verzögert —, weil die Ungleichheit der internationalen und der innerwirtschaftlichen Preisstruktur auf diese Art noch immer eine Reihe von Geschäften zuläßt, die bei einem einheitlichen Wechselkurs nicht getätigt werden könnten. Das Kompensationsgeschäft ermöglicht auch die Beibehaltung des an sich unrichtigen offiziellen Wechselkurses, ohne den Außenhandel allzustark zu drosseln. Zwar bewilligt die Nationalbank für einen Teil der Exportdevisenerlöse ein Agio. Das Kompensationsverfahren ermöglicht aber vielfach auch noch Geschäfte, die selbst unter Berücksichtigung des tolerierten Agios nicht mehr durchführbar wären. Tatsächlich haben daher auch im Jahre 1948, so wie im Vorjahr, die Kompensationsgeschäfte eine wichtige Rolle gespielt und sich auf etwa 33% aller Einfuhren (ohne Kohle) und 40% aller Exporte erstreckt²⁾. Ob alle diese Geschäfte auch volkswirtschaftlich wünschenswert waren, ist allerdings eine andere Frage.

Das Hauptwerk der Handelsabkommen besteht darin, daß sie die Abwicklung der Geschäfte erleichtern und durch gegenseitige Konzessionen — die heutzutage weniger die Zölle als Warenkontingente betreffen — die Grundlagen für ein erweitertes Handelsvolumen legen. Die meisten Abkommen sehen eine wesentliche Erweiterung der bisher aus- und eingeführten Mengen vor, wenn auch manchmal — insbesondere dort, wo die bisher umgesetzten Mengen bedeutend waren — Einschränkungen vorkommen. So wurden z. B. die Ausfuhrkontingente Österreichs für Magnesit und Magnesitziegel in drei von sechs in jüngster Zeit abgeschlossenen Abkommen bedeutend über die bisherige Ausfuhr hinaus erhöht, in drei anderen aber etwas reduziert³⁾.

²⁾ Nach der Statistik des österreichischen Warenverkehrs büros.

³⁾ Allerdings besteht in einigen Fällen die Möglichkeit zusätzlicher Kompensationsgeschäfte.

*Ausfuhr von Magnesit und Magnesitziegeln
(feuerfesten Ziegeln)*

Bestimmungsland	Jahres- kontingente in den Handels- abkommen	Ausfuhr 1948	
		t	Mill. S
Bi-Zone (Deutschland)	23.200 t	31.727	20·3
Frankreich	52.500 t	31.599	28·2
Niederlande	5·7 Mill. S	1.700	2·1
Polen	5.000 t	6.384	6·4
Schweden	7.000 t	9.262	10·5
Tschechoslowakei	{ 2.100 t und 4·4 Mill. S	3.151	2·8

Während im allgemeinen der Umfang des Außenhandelsvolumen durch die Handelsverträge gesteigert werden konnte, ist es noch immer schwierig, Kontingente für gewisse traditionelle österreichische Ausfuhr Güter, wie insbesondere Geschmacksartikel und dergleichen, durchzusetzen. Das Hauptgewicht der österreichischen Ausfuhr liegt auf Holz, Papier, Roheisen und Magnesit, doch konnten auch bedeutende Kontingente von Eisenwaren und Maschinen — insbesondere für den Osten — und in neuester Zeit auch von Textilien, gesichert werden. Bei der Erweiterung des Schwedenvertrages im Dezember wurde dem Textilgeschäft mit 22·2 Mill. S mehr als ein Drittel des österreichischen Ausfuhrwertes eingeräumt.

Die Unausgeglichenheit der Zahlungsbilanz der meisten Staaten und ihr Bemühen, ihre Importe in möglichst engen Grenzen zu halten und vorwiegend auf Rohstoffe zu beschränken, schaffen wachsende Schwierigkeiten beim Abschluß und bei der Abwicklung von Handelsabkommen. Solche Schwierigkeiten tauchten deutlich in den Verhandlungen mit der Bi-Zone und mit Italien auf. Die Weigerung der Bi-Zone, Schnittholzimporte aus Österreich, die vor dem Kriege eine große Rolle spielten, zuzulassen, hat die österreichischen Ausfuhrmöglichkeiten dorthin empfindlich beeinträchtigt. Da andererseits der Einfuhrbedarf an Ruhrkohle sehr groß ist, sind die Bezugsmöglichkeiten der auf der deutschen Kontin-

gentliste enthaltenen wichtigen Waren auf Monate hinaus äußerst gering, da das Clearing „verstopft“ ist.

Die Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit Italien waren hauptsächlich deshalb so schwierig verlaufen, weil Italien den bisherigen umfangreichen Import von Eisenwaren stark reduzieren und sich hauptsächlich auf die für uns nicht so günstige Roh-eiseneinfuhr beschränken wollte¹⁾. Nebst dem Bestreben Italiens, seine Handelsbilanz auf diese Art zu verbessern, spielt hier auch eine dauernde Umschichtung des italienischen Handels eine Rolle, da Italien in Vorbereitung einer Zollunion mit Frankreich den französischen Industrieerzeugnissen bereits bevorzugte Einfuhrbedingungen zugesteht.

Ähnliche Schwierigkeiten sind in Zukunft auch beim Abschluß und bei der Erneuerung anderer Verträge zu erwarten. So wird insbesondere der beabsichtigte Vertrag mit Argentinien viel ungünstiger ausfallen, als dies noch vor einem Jahr der Fall gewesen wäre, da die argentinische Nachkriegs-Sonderkonjunktur vorbei ist und die inzwischen eingetretene Devisennot zu einer starken Drosselung der argentinischen Importe geführt hat.

Schließlich hat die Einführung der indirekten Marshall-Plan-Hilfe (drawing rights) die Notwendigkeit streng ausgeglichener Aus- und Einfuhren im Rahmen des Clearings zwischen den Marshall-Ländern beseitigt. So konnte Österreich in seiner neuerlichen Erweiterung des Handelsabkommens mit Belgien angesichts der ihm gegenüber diesem Lande zustehenden Bezugsrechte seine Ausfuhr von 45·9 Mill. S auf 82·1 Mill. S, die Einfuhr aber auf 132·3 Mill. S ausdehnen.

¹⁾ Andererseits wollte Italien seine Obst- und Gemüseausfuhr, die mit 4 Mrd. Lire (bei einem beabsichtigten Handelsvolumen von 35 Mrd. Lire) für Österreichs gegenwärtige Bedürfnisse sowieso schon hoch eingesetzt war, weiter erhöhen. Im neuen Vertrag ist es allerdings gelungen, diese Einfuhren auf die Hälfte des Vorjahres herabzusetzen.